

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

FRANKREICH

Widerstandsbewegungen

Derzeit gibt es in ganz Frankreich mehrere Protest- und Widerstandsbewegungen, die an manchen Stellen konvergieren. Der Widerstand gegen die Zerstörung der ZAD in Notre-Dame-des-Landes, der Eisenbahn- und Flugzeugstreik und die Protestbewegungen der Anwälte, der Studierenden und Schüler*innen erweitern sich.

Ein älterer Mann hält ein Schild mit der Aufschrift «Stoppt die Gewalt!» hoch und wird durch eine Übermacht von Uniformierten, die ihn zu Boden drücken, überwältigt. Dieses Bild machte am Montag die Runde und bildet zeitweilig den Aufmacher bei manchen Nachrichtenportalen im französischsprachigen Internet. Es begleitete dort die Nachrichten «von der Front», also von der vormaligen Baustelle des – im Januar diesen Jahres durch die Regierung aufgegebenen – Flughafenprojekts in Notre-Dame-des-Landes in der Nähe der westfranzösischen Stadt Nantes. Es wechseln auch Bilder von zumeist älteren, friedlich Protestierenden mit mehr oder minder martialisch dargestellten Vermummten mit Schutzhelmen oder auch mit den «widerständigen Traktoren» der Bäuerinnen und Bauern der ZAD.

Die Invasion begann im Morgengrauen: Wie es in den Tagen zuvor angekündigt worden war, attackierten die Sicherheitskräfte am Montag früh, 9. April, die besetzte Zone auf dem früheren Flughafengelände, die als ZAD (*zone à défendre*, «zu verteidigende Zone») bezeichnet wird. Selbige wird seit Jahren von Menschen aus der Alternativszene, aus dem autonomen Spektrum, aber auch von ökologischen Aktivist*innen mit Unterstützung aus der heimischen Bevölkerung für Projekte mit alternativen Lebens- und vor allem Landwirtschaftsformen genutzt. Die Regierung, aber auch die örtliche konservative Landwirtschaftskammer will dem einen Riegel vorschieben, zumal sie befürchten, die heterogen zusammengesetzte, jedoch insgesamt solidarisch auftretende Protestbewegung könne

sich durch den Erfolg – in Gestalt der Regierungsentscheidung gegen den Weiterbau des Flughafens – in ihrer unkonventionellen Vorgangsweise beflügelt fühlen.

Und so insistierte die Regierung von Premierminister Edouard Philippe darauf, dass alle, die bis zum 31. März nicht mit einem «ausgewiesenen, soliden landwirtschaftlichen Projekt» bei den zuständigen Behörden registriert worden seien, nun gehen müssten. Das betrifft manche Alternativbetriebe wie *La Chevrière* («die Ziegerei») oder «der Ziegenhof»), die noch nicht angemeldet waren, aber auch besetzte Häuser sowie nicht landwirtschaftliche Gewerbetreibende, die jedoch mit ihren Aktivitäten den Agrarprojekten zuarbeiten wie

etwa ein Schmied, der deren Geräte repariert. Nachdem die Registrierung ausschliesslich individuell, also von Einzelpersonen zugelassen wird, sämtliche Projekte auf der ZAD jedoch kollektive Projekte sind, war es bis dato nicht möglich, einen Konsens zu finden. Keine*r der Bewohner*innen verliess jedoch das Gelände.

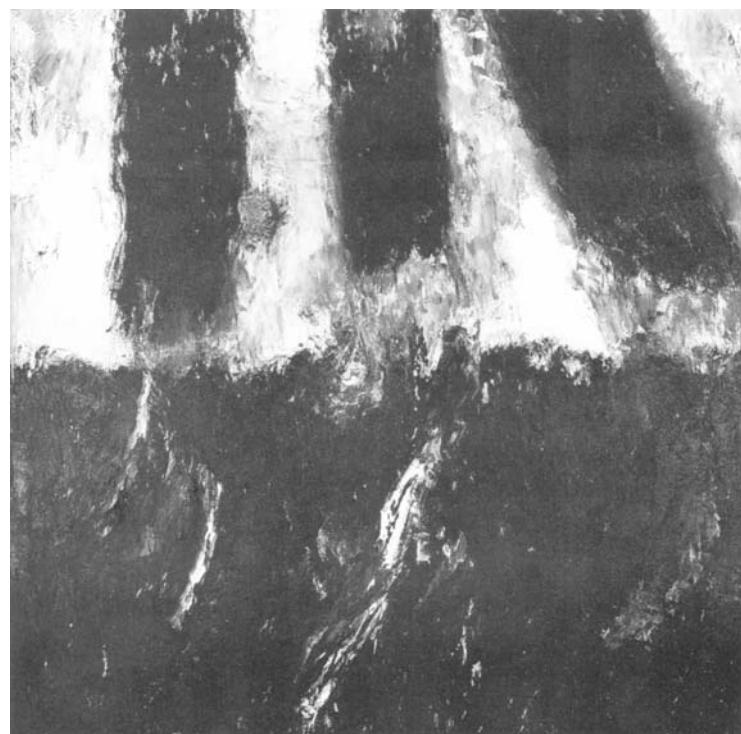
Gigantischer Polizeieinsatz

Daraufhin wurden am Montag, den 9. April, trotz der Zusage der Präfektin, dass keine landwirtschaftlichen Projekte zerstört würden, 2'500 Polizeibeamte mobilisiert, um zehn Gebäude, darunter das sehr bekannte, fünfjährige Landwirtschafts- und Tierzuchuprojekt «Cent Noms» (hundert Namen), nieder zu walzen. Dieses Vorgehen wurde damit begründet, dass die national und international berühmt gewordene *Route des chicanes* oder «Hindernisstrasse» freigeräumt werden musste. Es handelt sich dabei um eine Landstrasse, für die der Verwaltungsbezirk zuständig ist und die über drei Kilometer hinweg verbarrikadiert gewesen war – die meisten Hindernisse waren jedoch nach dem Regierungs-

Europäisches BürgerInnenForum 401 Basel
AZB 401 Basel

entscheid vom Januar 2018 gegen den Flughafenbau bereits beseitigt worden. Doch viele Behausungen der ZAD-Bewohner*innen befanden sich neben der Strasse. Frankreichweit fanden noch am selben Montag in über 90 Städten Protestversammlungen und Demonstrationen statt, so im nahe gelegenen Nantes, wo binnen weniger Stunden über 1'000 Personen zusammenkamen. Aber auch im westfranzösischen Rennes, in Paris – wo am frühen Abend bei der Métrostation Belleville demonstriert wurde – oder etwa im ostfranzösischen Chambéry. In Forcalquier in Südostfrankreich wurde das Rathaus, wo bis vor wenigen Monaten der derzeitige Minister und vormalige Regierungssprecher Christophe Castaner Bürgermeister war, von ca. 60 Bewohner*innen Forcalquiers besetzt. Diese Besetzung hatte einen Schneeballeffekt und kurz darauf wurden in mehreren Gemeinden in ganz Frankreich Rathäuser friedlich besetzt.

Die Polizeioperation auf der ZAD dauert jetzt schon über eine Woche an. Inzwischen sind aus ganz Frankreich, aber auch aus anderen Ländern Tausende von Unterstützer*innen angereist – Menschen aller Altersstufen und Herkünfte. Täglich werden die Barrikaden und weitere Gebäude von



Armando, Waldrand, 1987

den Polizeikräften zerstört und umgehend von der Widerstandsbewegung wieder aufgebaut. Das Vorgehen der Polizei gegen die Bewohner*innen ist brutal und wird dementsprechend abgewehrt.

Die Absurdität dieses Angriffs von staatlicher Seite gegen die Bewohner*innen der ZAD und ihre friedlichen und interessanten kollektiven Projekte wird immer deutlicher und in den französischen Medien bereits als «Fiasko» bezeichnet. Auf Seiten der ZAD-Besetzer*innen gab es nach 10 Tagen bereits 272 Verletzte – 10 davon schwer! 11'000 Granaten (Tränengas, Explosivgranaten und andere) waren von der Polizei auf sie geschossen worden – selbst vor einem gemeinsamen Picknick und einem Kindergarten wurde nicht haltgemacht. Hunderte von Solidaritätsbotschaften von Kollektiven, Organisationen, Befreiungsbewegungen etc. aus der ganzen Welt wurden an die ZAD-Bewegung gesendet. Die Solidaritätsbewegung mit der ZAD weitet sich zunehmend aus und auf dem Gelände befinden sich inzwischen mehrere tausend Menschen, um den Widerstand der Bewohner*innen zu stärken.

Proteste und Streiks

Anders als noch im Januar, als die Bewegung gegen das umweltzerstörende Grossprojekt die einzige Protestbewegung zu sein schien, die der Regierung Respekt einflößte, erfolgen die derzeitigen Auseinandersetzungen in einem veränderten Kontext. Neben dem am 3. April begonnenen Eisenbahnstreik (unter anderem weil demnächst 9'000 Streckenkilome-

ter Bahn verschwinden sollen), der in einem vorab vereinbarten Rhythmus – auf je zwei Streiktage folgen fünf Tage Wiederaufnahme des Verkehrs, gefolgt von zwei weiteren Streiktagen – derzeit bis Ende Juni geplant ist, sowie dem Streik der Anwältinnen und Anwälte und der Fluglinienangestellten, hat auch eine Protestbewegung in einem Teil der französischen Universitäten begonnen. Sie richtet sich gegen die Einnahme von Zugangsbeschränkungen an Hochschulen. An mehreren Orten wie in Montpellier, Lille, Strasbourg und auch an der Pariser Fakultät in der Rue Tolbiac wurden die Besetzer*innen von Universitätsräumen durch gewalttätige Rechtsextreme attackiert, die zum Teil von Professoren angeheuert waren. Tolbiac wurde inzwischen am 20. April von der Polizei geräumt, wobei einer der Besetzer schwer am Kopf verletzt wurde. In Nanterre, einer Vorstadt nordwestlich von Paris, wo die Universität internationale Berühmtheit erlangt hat, als von dort in den ersten Wochen des Jahres 1968 der Funke zu dem ausging, was – nach Überspringen der Flammen – zur französischen Mai-Revolte werden sollte, wurde eben diese Universität am Montag den 9. April infolge eines eskalierenden Polizeieinsatzes für den Lehrbetrieb geschlossen. Am Dienstag führten die streikenden Studierenden dort eine Veranstaltung in Solidarität mit Notre-Dame-des-Landes durch. Und am Montag, den 16. April, blockierten sie alle Eingänge des Universitätsgebäudes. «Gedenkfeier der Heuchler» steht in dicken roten Lettern über ein Plakat geschrieben. Es hängt am Eingang zum Hochschulgelände der Universität von Nanterre. Das Plakat ist Teil eines künstlerischen Projekts zum Andenken an «Mai 68» und ist aus Fotos von damals zusammengesetzt. Es wurde mit Unterstützung der Hochschulleitung aufgehängt. Diese ist jetzt jedoch mit einem neuen, auf aktuelle Themen bezogenen Protest konfrontiert – denn Protest ist eben nicht nur Geschichte. Auch in den Schulen bildet sich eine Protestbewegung gegen das Gesetz unter dem Kürzel ORE (Abkürzung für «Orientierung und Erfolg der Studierenden», *orientation et réussite des étudiants*), das ab dem kommenden Herbst den Hochschulzugang beschränken soll. Und so fanden am 19. April in 130 französischen Städten Versammlungen und Demonstrationen statt. Auf jeden Fall ist der Protest, wenn auch nicht immer gemeinsam formuliert, ein genereller Ausdruck einer Ablehnung des neoliberalen Systems, das die derzeitige fran-

zösische Regierung so vorbildlich vertritt – ein System, das auf Wirtschaftswachstum um jeden Preis gebaut ist und bei dem der Mensch, die Solidarität, gemeinschaftliches Leben, Akzeptanz des Andersartigen und kollektive Zusammenarbeit keinen Platz haben. Wir schreiben zwar nicht Mai 68, aber der Protest kombiniert mit Beispielen alternativer Lebensformen und Zusammenarbeit nimmt in Frankreich zu!

Bernard Schmid und
Constanze Warta

P.S.: Kurz vor Redaktionsschluss haben wir erfahren, dass sich die Bewohner*innen der ZAD ein Dossier zusammengestellt haben, wel-

ches ca. 40 nominative Anträge mit 26 Projektbeschreibungen beinhaltet sowie eine 120 Seiten lange, detaillierte Beschreibung des gemeinschaftlichen, kooperativen Projektes auf der ZAD. Diese Dossiers haben sie der Präfektin übergeben. Es geht ihnen darum, die Eskalation der Gewalt zu beenden und in einen Dialog mit den Regierungsvertreter*innen zu treten. Diese «individuellen» Anträge, die nichts an ihrer Idee eines gemeinsamen Projektes ändern, sollen nun geprüft werden. Ob die Repression auf der ZAD trotzdem weitergehen wird oder ein Kompromiss gefunden werden kann, steht vorläufig noch in den Sternen.

Erklärung des Europäischen BürgerInnen Forums, April 2018

Die ZAD («zone à défendre»- zu verteidigende Zone) in Notre-Dame-des-Landes – ein jahrelanges Experimentierfeld für gemeinschaftliches Leben und Arbeiten – steht in Gefahr, zerstört zu werden. Das EBF fordert die französische Regierung auf, ihre Gendarmerie-Einheiten von dem besetzten Gelände «La ZAD» sofort abzuziehen.

Das ökologisch wertvolle 12 Quadratkilometer grosse Feuchtgebiet bei Nantes war von der Regierung vor 50 Jahren für den Bau eines Flughafengeländes ausgewählt worden. Durch ihren jahrzehntelangen Kampf haben enteignete Bauern und Bäuerinnen, Besetzer*innen, Naturschützer*innen und viele Menschen in ganz Frankreich die Regierung zur Einsicht gebracht, dass das Gelände nicht dafür geeignet ist: Im Januar 2018 hatte die Regierung das Projekt gestrichen.

Seit dem 9. April dringen 2'500 Gendarmen mit Panzerfahrzeugen, Tränengas, verschiedenen Granaten (bisher wurden 11'000 verschossen!), Helikoptern und Drohnen auf dem Gelände gegen den Widerstand der Besetzer*innen vor, um diese zu vertreiben; 30 Hütten und Häuser wurden bereits dem Erdboden gleichgemacht, hunderte von Besetzer*innen und ca. 60 Gendarmen verletzt. Was wie ein Rachezug aussieht, wird mit der Illegalität der Bewohner*innen begründet; ihre Legitimität wird jedoch ausgebündet. Für ihre Regularisierung verlangt die Regierung, dass jede*r die/der auf dem Gelände bleiben will, einen individuellen Antrag für die Bewirtschaftung einer der Flächen stellen muss. Wird der Antrag angenommen, kann die Person bleiben, alle anderen müssen gehen, was zur Spaltung der Bewegung führt. Un-

ter der massiven Präsenz der Gendarmerie sollen die Bewohner*innen gezwungen werden, ihr seit Jahren gemeinschaftlich begonnenes Zukunftsprojekt aufzugeben und das Schicksal individueller Kleinbauern anzutreten.

Ein Grundbedürfnis der Menschen

Der Staat klammert sich an ein scheinbar einzig gültiges Gesellschaftssystem, das weltweit zur Vernichtung von Dorfgemeinschaften und der Natur führt. Er toleriert offenbar keinen Versuch, aus diesem zerstörerischen System auszubrechen. Die Individualisierung des Bodenbesitzes führte schon immer zur Verdrängung der «Kleinen» durch immer grössere Unternehmen, die unter dem Zwang stehen, ständig weiter zu wachsen, ohne Rücksicht auf die Natur. Sie führt zu der automatischen Auflösung gesellschaftlichen Lebens auf dem Land, einem Grundbedürfnis der Menschen.

Überall auf der Welt entstehen dennoch gemeinschaftliche Projekte, in denen der Boden nicht im Besitz Einzelner ist, sondern als Gemeingut genutzt wird. Häufig ist die kollektive Landnutzung der einzige Weg; gerade dort, wo das System versagt hat. Landlose, die zur Zeit z.B. in Spanien, Griechenland, in Brasilien oder Mexiko brachliegende Ländereien besetzt haben, werden häufig mit genau dieser

Archipel

Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums

Mai 2018 - Nr. 270
Jahresabonnement:
11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro
Verlag, Herausgabe, Herstellung,
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum
Verantwortliche Redakteurinnen:
Joëlle Meunier, Constanze Warta
Druck: Ropress Zürich
forumcivique.org

Europäisches BürgerInnenforum Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
[ch\(a\)forumcivique.org](http://ch(a)forumcivique.org)

Ostreich:

Lobnik 16
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
[at\(a\)forumcivique.org](http://at(a)forumcivique.org)

Deutschland:

Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun

Tel: 0049/39 959 23 881

[de\(a\)forumcivique.org](http://de(a)forumcivique.org)

Frankreich:

St. Hypolite

F-04300 Limans

Tel: 0033/4 92 73 05 98

[fr\(a\)forumcivique.org](http://fr(a)forumcivique.org)

Ukraine:

vul. Peremogi 70

UKR-90440 Nijne Selischtsche

Tel: 00380/31 42 512 20

[ua\(a\)forumcivique.org](http://ua(a)forumcivique.org)

Begründung von dem Land wieder vertrieben. Zur gleichen Zeit, in der die Gendarmerie gegen die Besetzerinnen in La ZAD vorgeht, werden in Andalusien die landlosen Besetzerinnen von «Cerro Libertad» durch die Guardia Civil vertrieben. Auch sie sollen individuelle Anträge für die Bewirtschaftung des Landes stellen, fordert die andalusische Regierung. Das seit Jahrzehnten funktionierende Gemeinschaftsprojekt von Landlosen auf einem besetzten Landgut in Marinaleda (Andalusien) soll jetzt mit dem Zwang zur Privatisierung zerstört werden.

Im Namen vieler Gemeinschaften,

Organisationen und Einzelpersonen fordert das EBF die französischer Regierung auf, die gewaltsame Zerstörung der ZAD sofort zu beenden und das Gespräch über zukunftsweisende gemeinschaftliche Projekte auf diesem einzigartigen Gelände aufzunehmen. Es geht um die Erhaltung des Vertrauens in menschliche Solidarität. Gemeinschaftliche Formen des Lebens und Wirtschaftens treten der scheinbaren Alternativlosigkeit, der fatalen Individualisierung unserer Gesellschaft entgegen. Sie müssen endlich neben individuellen Lebens- und Wirtschaftsformen anerkannt werden.

miert die Regionalverwaltung darüber, dass die staatlichen Forstarbeiter zur Verbesserung der Logistik des künftigen Tourismusprojekts «Svydovets» eine Straße durch den Wald bauen. Das sind die gleichen Forstarbeiter, die vor den illegalen Holzschlägen die Augen verschließen und zur Urbanisierung des Waldes beitragen. Wie kann es sein, dass öffentliche Gelder verwendet werden, wo es sich doch um eine private Investition handelt? Diese Frage ist bis heute nicht geklärt.

Katastrophale Auswirkungen

In Transkarpatien leidet die Umwelt schon heute unter schweren Beeinträchtigungen: Ansteigen der Durchschnittstemperatur, wenig Schneefall, sintflutartige Regenfälle, Überschwemmungen, Erdrutsche, Austrocknen der Flüsse, Verschlechterung der Trinkwasserqualität. Ohne Umweltverträglichkeitsstudie zu den geplanten Arbeiten könnte der Bau einer solchen Mega-Skistation die ökologische Situation in der ganzen Region weiter verschlechtern. Ein Blick auf die Klimakarte Transkarpatiens macht deutlich, warum gerade dieser Ort für den Bau einer Skistation ausgewählt wurde: Hier fallen die meisten Niederschläge in der Region (mehr als 1'400 mm Regen pro Jahr). Es handelt sich also um die schneereichste Region der Ukraine. Trotzdem will man zusätzlich elf Flachlandspeicher einrichten, die das Ökosystem der ukrainischen und europäischen Flüsse stark beeinträchtigen würden. Das hydrologische Gleichgewicht der Schwarzen Theiss und seiner Zuflüsse und damit auch das der Donau würde gestört. Offiziell haben weder Ungarn noch Rumänien reagiert. Wissen sie überhaupt Bescheid?

Nach dem Bau des Komplexes muss man sich auf weitere anthropogene Auswirkungen gefasst machen: Qualität des Wassers und Behandlung der Abwasser, Müllprobleme, Energieversorgung. Das Verschwinden von Feuchtgebieten, Seen, Feuchtwiesen, Mooren und Sumpfgebieten könnte die natürlichen Risiken wie Erdrutsche, Schlammströme und Überschwemmungen signifikant verstärken. Außerdem verletzt der vorgesehene Bau die Prinzipien von zwei internationalen, von der Ukraine ratifizierten Konventionen: die Karpaten-Konvention (Rahmenabkommen zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung der Karpaten) und die «Berner Konvention zum Schutz der wilden Flora und Fauna und des natürlichen Milieus in Europa». Aus all diesen Gründen haben wir uns in der Initiativ-

gruppe *Free Svydovets* zusammengetragen, um gegen die Abholzung und für die Erhaltung des schönsten Massivs der Karpaten zu kämpfen.

Erster Widerstand

Die Oligarchen nutzen skrupellos die Krisen- und Kriegssituation des Landes aus und halten in ihrer masslosen Gier noch nicht einmal die elementaren gesetzlichen Regelungen zur Beantragung von Baugenehmigungen ein. Dabei sind die meisten von ihnen Abgeordnete. Sie sind es, welche die Gesetze machen. Sie nutzen ihre Aura als Sponsoren und versetzen die verzweifelte Bevölkerung in den Glauben, dass die Infrastrukturen in ihren Dörfern von dem «Wirtschaftsboom» profitieren werden, der angeblich von dem geplanten Hotelkomplex ausgelöst wird. Sie besitzen die politische und wirtschaftliche Macht und beherrschen die Medien. Doch wir wollen der Sand im Getriebe sein, der ihre verrückte Geldmaschine zum Anhalten zwingt.

Ganz am Anfang des Kampfes hatten drei Unternehmer aus dem Dorf Lupokow gegen dieses Projekt revoltiert, von dem damals keiner redete. Bei Zusammenkünften zur Vorstellung des Tourismusprojekts in ihrem Dorf wurde ihnen klar, dass dieses «Eldorado Svydovets» die Zukunft des umliegenden Gebirges in Frage stellen würde. Als sie dann feststellten, dass die staatlichen Forstarbeiter dieses Projekt leidenschaftlich verteidigten, verstanden sie, dass diese rücksichtslosen Zerstörer der umliegenden Wälder die Komplizen eines äußerst fragwürdigen «Geschäfts» waren. Diese drei Unternehmer setzten durch, dass gegen die behördlichen Verordnungen der Distrikte ein Gerichtsverfahren eingeleitet wurde. Kurz entschlossen riefen sie uns zusammen und führten uns in das wunderschöne wilde Karpatenmassiv. Seither sind sie regelmäßig völlig ungerechtfertigten administrativen Kontrollen in ihren Unternehmen ausgesetzt.

Der Protest weitet sich aus

Dank der Unterstützung durch Organisationen wie das Europäische BürgerInnenforum, *Environment-People-Law*, *WWF-UA* und zahlreiche andere wurden seit November 2017 Tausende von Briefen an den Präsidenten Poroschenko verschickt. Eine Antwort erhielten wir bisher nicht, doch die Wirkung dieser aus der ganzen Welt eintreffenden Briefe, die die Erhaltung eines naturbelassenen Svydovets fordern, war in der überstürzten Abstimmung des Geset-

UKRAINE

Mobilisierung zum Schutz von Svydovets

In der Ukraine, in der Region Transkarpatien, planen Oligarchen im Bergmassiv «Svydovets» den Touristik- und Freizeitkomplex gleichen Namens zu errichten – es gibt jedoch eine Bewegung, die sich gegen dieses zerstörerische Megaprojekt wehrt.

Der Bau dieser Mega-Skistation soll auf einer Fläche von 13'670 ha erfolgen, Skipisten von 223 km und Skilifte von 53 km Länge sind geplant, man rechnet mit 28'000 Urlauberinnen, für die Unterkünfte errichtet werden müssen. Das bedeutet 60 Hotels, 120 Restaurants, eine entsprechende Zahl von Parkplätzen, Supermärkten, Gesundheits- und Fitnesszentren, einen Golfplatz und sogar einen Flugplatz. Das Projekt wird als ein «Wirtschaftswunder für Transkarpatien» mit 5'000 versprochenen Arbeitsplätzen, Geldströmen und eventueller Ausrichtung der prestigeträchtigen olympischen Spiele angepriesen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses Projekt realisiert wird. Es gehört nicht zum «Schema der Entwicklungsprojekte für das Karpaten-Gebirge», das gegenwärtig vom Ministerrat der Ukraine erarbeitet wird, und ist auch nicht Teil der «regionalen Entwicklungsstrategie». Es berücksichtigt die drohenden ökologischen Risiken in keiner Weise.

Die Genehmigungen wurden von den obersten Behörden der Distrikte Tjatschiw und Ratschiw

beantragt, um den künftigen «Investoren» zu helfen, die so nicht offiziell in Erscheinung treten müssen.

Getarnte Oligarchen

Alle wissen natürlich, dass es sich um eine Erweiterung der Station Bukowel handelt, die den Oligarchen Ihor Kolomojskyj, Hennadij Boholjubow, Oleksandr Shewtschenko und Victor Shewtschenko gehört. Von ihnen weiß man, dass sie Firmen benutzen, die in Zypern registriert und völlig undurchsichtig sind. Ein regionaler Bebauungsplan, der in aller Eile ohne vorherige Veröffentlichung von den Verwaltungsleitern der Distrikte verabschiedet worden war, wurde am 10. Januar 2018 vom Gericht abgelehnt. Die Verwaltung legte dagegen Berufung ein, der erste Termin der Berufungsverhandlung hat am 18. April stattgefunden. Wir wollen unsere Unterstützerinnen in Lviv mobilisieren, um die Medien zu informieren und den Richtern zu zeigen, dass eine «merkwürdige» Entscheidung nicht ohne Konsequenzen bliebe. Auf der offiziellen Webseite des Gouverneurs von Transkarpatien infor-

zes zur «Strategischen Umweltbewertung» in der Nationalversammlung deutlich zu spüren. Bis heute haben sich etwa fünfzehn Umweltorganisationen und rund zwanzig Aktivist*inn*en zusammengeschlossen; wir haben Tausende von Followern auf Facebook (<https://www.facebook.com/freesydvovets> und auf der Website <https://freesydvovets.org>). Vor kurzem haben wir dazu aufgerufen, eine an Präsident Poroschenko gerichtete Petition zur Rettung von Svydovets zu unterzeichnen.¹ Ziel dieser Petition ist es, all denjenigen Mut zu machen, die wie wir denken, und ihnen zu zeigen, dass sie nicht isoliert sind, wie man ihnen ständig glauben machen will. Ein Team junger Filmemacher*innen hilft uns mit Videoclips von «Leader de Pensées», die Menschen für unsere Sache zu mobilisieren. Mit ihnen sind wir auf der Suche nach einer Finanzierung eines Kurzfilms über diesen Kampf. Das Karpaten-Umwelt-Institut hat beim Ministerium für Ökologie ein Verfahren zum Schutz der Zone mit den wichtigsten Gletscherseen von Svydovets eingeleitet.

Ein Podium für Umweltzerstörer

Trotz des geringen Echos in der Presse hat die Resonanz auf unsere Aktionen unsere Gegner am 20. März aus der Deckung geholt. Die «Regionale Bürgervereinigung», das «Institut für rationalen Umgang mit der Natur» und das «Institut für öffentliche Verwaltung und regionale Entwicklung» haben eine Podiumsveranstaltung organisiert, an der die künftigen Investor*inn*en, die staatlichen Forstarbeiter*innen und die Umweltschützer*innen angeblich miteinander diskutieren sollten. Ganz zufällig war von der Gruppe «Initiative Free Svydovets» niemand rechtzeitig eingeladen worden. So waren sich die Podiumsteilnehmer*innen alle einig, Tourismus, Investitionen und Regionalentwicklung fördern zu wollen. Bei einer solchen Veranstaltung redet man entschieden aneinander vorbei und selbst derjenige, der dagegen hätte sein müssen, Fedir Hamor, der stellvertretende Direktor des Biosphärenreservats der Karpaten, drückte sich so sibyllinisch aus, dass man seine Worte in beide Richtungen hatte interpretieren können. Wir versuchen gegenwärtig, die ausländischen «Geben», die, wie die WSL² in der Schweiz, die Naturreservate Transkarpatiens finanziell unterstützen, zu einer Reaktion zu unseren Gunsten zu bewegen. Seitens der Investoren stellte der Hauptredner und Vertreter des Projekts, Yuriy Dobrovolski, dieses «wundervolle

» Projekt mit engelsgleicher Stimme vor. Dieser Mann präsentiert sich mal als Koordinator des Projekts «Svydovets» für die Regionalverwaltung Transkarpatiens, mal als Stellvertreter des Direktors von Bukowel oder als Direktor des Panhans Grandhotel von Semmering in Österreich. Sehr wahrscheinlich ist er der Handlanger unserer teuren Oligarchen. Diese Podiumsdiskussion verfolgte vor allem das Ziel, die Projektpartner*innen zu beruhigen, denen sehr wohl bewusst ist, dass der Widerstand zunehmen wird.

Studie für Umweltverträglichkeit

Der Gouverneur Gennadi Moskal, der Hauptverteidiger des Projekts, scheint Zeit gewinnen zu wollen. Nachdem das Gericht die Verordnungen seiner Unterverwaltung kassiert hatte, leitete er das Berufungsverfahren ein, um zu versuchen, vom Ministerium für Ökologie schnell das als «Umweltverträglichkeitsstudie» bezeichnete Dokument zu bekommen, das ihm die Möglichkeit geben soll, den Grund und Boden neu zu verteilen. Bis zum 4. April konnten die Bürger*innen ihre Beschwerden schriftlich beim Ministerium für Ökologie einreichen. Die Administration des Gouverneurs braucht also trotz allem eine wissenschaftliche Einrichtung, die es auf sich nehmen würde, den Bau dieser neuen Stadt mitten in diesem ökologisch wertvollen Massiv der Karpaten als realistisch zu erklären. Vor der Erteilung der endgültigen Baugenehmigung wird es weitere öffentliche Anhörungen geben. Unsere Gegner sind sich allerdings sicher, dass sie bei diesen Veranstaltungen in den Dörfern um das Gebirgsmassiv herum leichtes Spiel haben werden. Dauern diese Verfahren länger als sechs Monate, wird das als «Strategische Umweltbewertung» bezeichnete Verfahren entsprechend den europäischen Normen in Kraft treten. Dieses vor kurzem in aller Eile angenommene Gesetz, das wahrscheinlich unter dem Druck der Briefaktion unserer Unterstützer*innen stand, könnte den Prozess der Erteilung der Baugenehmigungen erheblich verlangsamen.

Initiativgruppe Free Svydovets

1. Wir rufen dazu auf, die Petition zu unterzeichnen unter: <https://freesydvovets.org/de/>
2. WSL = Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft

TÜRKEI/FRANKREICH

Drohende Verurteilung von Pinar Selek

Pinar Selek, die türkische Kämpferin für Menschenrechte, Freiheit, Gerechtigkeit, für die Rechte von Minderheiten und gegen den Militarismus, soll nach 20 Prozessjahren, in denen sie bereits 4 Mal freigesprochen wurde, jetzt zum 5. Mal – und dieses Mal definitiv – zu lebenslänglicher Haft verurteilt werden.

So unvorstellbar es auch ist, der türkische Staat will die Soziologin, Universitätsprofessorin und Schriftstellerin Pinar Selek nach 4 Freisprüchen, durch welche unzweifelhaft bewiesen wurde, dass das Verbrechen, dessen sie beschuldigt wird, nie stattgefunden hat, heute, nach 20 Jahren aufs Neue zu lebenslänglicher Haft verurteilen. Das letzte Mal wurde sie im Dezember 2014 vom 15. Istanbuler Strafgerichtshof freigesprochen, doch die Fortsetzung war unklar. Würde sie ab jetzt in Ruhe gelassen oder sollten die Schikanen weitergehen? Anfang 2017 kam eine erste Warnung, auf die mehrere Morddrohungen folgten.¹

Pinar Selek, Autorin mehrerer Romane und Kinderbücher, die in verschiedene Sprachen übersetzt wurden, lebt seit elf Jahren im Exil und unterrichtet seit vier Jahren Soziologie und Politikwissenschaften an der Universität Sophie Antipolis in Nizza. 2017 wurde sie in den Vorstand der französischen Sektion der Menschenrechtsliga gewählt und Anfang Oktober 2017 erhielt sie die französische Staatsbürgerschaft.

Vor ein paar Wochen teilten die Anwältinnen und Anwälte Pinars mit, dass ihr Dossier dem Obers ten Gerichtshof übergeben wurde. Das bedeutet: keine Möglichkeit

mehr für ihre Verteidigung – das Urteil wird von staatlichen Richtern hinter verschlossenen Türen gefällt. Laut ihren Anwältinnen und Anwälten sind die Dokumente, die sie erhalten haben und die als Basis für das endgültige Urteil dienen, niederschmetternd. Unsere Freundin befindet sich also unter dem Damoklesschwert einer lebenslänglichen Haft und zusätzlich drohen ihrer Familie, die in der Türkei lebt, Schikanen, Ächtung und Mord, ganz abgesehen von einer unerschwinglichen Geldstrafe. Pinar ist eine aussergewöhnlich lebensfrohe, starke und liebevolle Frau, doch jetzt hat sie grosse Angst um ihre Familie in der Türkei. Deswegen hat sie am 18. März 2018 den folgenden Brief an ihre Freundinnen und Freunde geschrieben und erlaubt, ihn zu veröffentlichen, um Ihre tragische Situation bekannt zu machen.

Wir bitten Euch, liebe Leserinnen und Leser, an die türkische Botschaft in Eurem Land zu appellieren, Pinar Selek definitiv frei zu sprechen. Wenn in vielen Ländern Stimmen laut werden, können wir vielleicht gemeinsam das Schlimmste verhindern.

Constanze Warta, FCE

1. Siehe auch Archipel Nr. 257, März 2017, Pinar Selek – Kämpferin für Gerechtigkeit

Brief von Pinar Selek

Liebe Freundinnen und Freunde, es fällt mir schwer, diesen Brief zu schreiben. Ich habe eine schlechte Nachricht erhalten. Sie betrifft den Albtraum, der mich seit 20 Jahren bedroht. Es war Anfang Juli 1998, als ich in die Hände der Henker geriet, die meinen Körper wie eine Leiche ins Gefängnis warfen. Ich blieb zweieinhalb Jahre eingesperrt, ohne meine Hände und Arme gebrauchen zu können, und ich sah, wie meine langen Haare nacheinander ausfielen. Ich erlebte den Tod, die Schreie und viele

andere schreckliche Dinge, aber auch den Widerstand. All dies geschah, bevor die jetzige Regierung an die Macht kam.

Heute ist die Türkei in einer Schreckensspirale gefangen. Mehrere Freund*innen und sogar Rechtsanwälte von mir sind im Gefängnis. Die meisten meiner Bekannten sind im Exil, doch ein Teil von ihnen leistet noch Widerstand unter grössten Schwierigkeiten. Der Kriegszustand im Land nährt den Nationalismus und rechtfertigt jedwede Gewalt. Es gibt keine Frei-

heit, es gibt nur die Angst. Aber die Angst gibt es schon lange. Der Prozess gegen mich ist ein Beispiel dafür, dass das althergebrachte repressive System fortduert. Ich bin dabei zum Objekt einer symbolhaften und historischen Auseinandersetzung geworden. Der «tiefen Staat» (der Geheimdienste und mafiosen Strukturen, Anm. d. Red.), der stabiler ist als alle Regierungen, will mir seit 20 Jahren die Schuld an einem Massaker anhängen.

Vor drei Tagen hat mir meine Schwester die Nachricht mitgeteilt. Sie musste sich anstrengen, um nicht zu weinen. Danach habe ich mit meinem Vater gesprochen. Seine Stimme klang so traurig wie noch nie. Es ist zu kompliziert, euch zusammen zu fassen, was sie mir alles am Telefon erklärt haben. Bald werdet ihr von meinem Unterstützungsverein eine Mitteilung bekommen, die euch genauer die Situation erklären wird. Zusätzlich wird ein Mobilisierungsappell verfasst. Ich möchte euch dazu einladen, in der nächsten Zeit die Initiativen zu verfolgen, welche von den Solidaritätsvereinen ausgehen.

Die Entscheidung des Gerichts ist noch nicht gefallen, aber die Dokumente, welche meine aktuellen Anwälte bekommen haben, sind beunruhigend. Wenn das Oberste Gericht in der Türkei nicht den fünften Freispruch als gültig erklärt, droht meine Verurteilung zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe mit der Auflage zur finanziellen Begleichung aller Schäden der Explosion auf dem Gewürzmarkt. Meine neun Bücher, die regelmäßig in der Türkei neu aufgelegt werden, und alles, was ich bis zu meinem 38. Lebensjahr – bis zu meinem Exil – geleistet habe, wird konfisziert werden. Noch schlimmer: Meine Familie ist in Gefahr.

Wir haben uns gegenseitig am Telefon gesagt: «Wir bleiben stark.» Aber das ist nicht so einfach. Ich spüre eine grosse Müdigkeit, wie wenn ich schwer krank wäre. Mein Vater hat gesagt: «Ihr müsst Krach schlagen. Die Reaktionen aus Europa können nützlich sein...» Ich habe ihm versichert, dass ich mich darum kümmern werde. Doch ich will nicht. Nein, ich kann nicht. Es fällt mir viel schwerer als ihr vielleicht meint, einen Appell zu lancieren, der euch zu aktiver Solidarität auffordern soll – noch dazu in einem Moment, wo es schon so viele andere Prioritäten gibt. Dazu kommt, dass ich einen physischen Schmerz empfinde, der mir die Luft abschnürt, wenn ich von diesem Prozess reden muss. So spüre ich es auch jetzt beim Schreiben dieses Briefes.

Im Jahr 2010, nach langwierigen Analysen, bestätigte ein psychologischer Bericht, der von Expert:innen erstellt wurde, alle Folterungen, die ich erlitten hatte. Unter grosser Beunruhigung las ich die ganze Liste von posttraumatischen Problemen, die sie diagnostiziert hatten. Ich musste zugeben, dass sie stimmten. Mit der juristischen und politischen Verfolgung geht die Folter weiter. Obwohl ich viele Ressourcen habe und einen starken Willen, mich nicht zerstören zu lassen, geht es mir nicht gut.

In diesem Jahr hat mein neues Leben angefangen, Form anzunehmen. Ich konnte meinen Platz in den Kämpfen für mehr Gerechtigkeit und Freiheit in demjenigen Land finden, wo ich jetzt lebe. Seit Kurzem bin ich Französin. Ich habe ein neues zu Hause in Nizza gefunden, das mir Liebe und Inspiration gibt. Ich habe meinen neuen Roman fertiggestellt; dadurch fühle ich mich wie neu geboren. Die Unterstützung des Programms PAUSE¹ verschaffte mir die Gelegenheit, mich zu stabilisieren. Dank der Komplizität meiner Kolleg:innen an der Universität, mit denen ich die gleiche Neugierde teile, und dank der Teilnahme meiner Student:innen, komme ich mit meinen Forschungen und meiner Lehrtätigkeit voran.

Ohne die enorme Solidarität, die mich seit meiner Ankunft in Frankreich begleitet, hätte ich mein Leben nie neu aufbauen können.

Dank euch, meine Freund:innen, konnte ich weiter schreiben, forschen, lehren und politisch aktiv sein. Die Bedrohungen belasten mich, aber ich habe es trotzdem jedes Mal geschafft, aus diesem Horrorfilm auszubrechen. Ich werde es auch dieses Mal schaffen! Aber es wird immer schwieriger. In jeder Zelle meines Körpers spüre ich eine schmerzende Flamme.

Vielleicht habt ihr das Stück von der armenischen Tanzgruppe «Yeraz» mit dem Titel «Der Traum der Berge» gesehen. Gegen Ende hört man den Schrei: «Ihr habt unsere Berge gestohlen! Doch wir sind die Berge!» Als ich die Aufführung gesehen habe, kamen mir die Tränen und ich flüsterte mehrmals vor mich hin: «Ihr habt mein Leben gestohlen. Aber ich bin das Leben.»

Die Tage, die kommen, werden wohl härter für mich werden. Aber ich verspreche euch: «Ich werde das Leben sein, das weiter fliessst und immer wieder Neues schafft.»

Ich umarme euch.

Pinar

1. PAUSE = *Programme national d'Aide à l'Accueil en Urgence des Scientifiques en Exil*. Nationales Programm zur Unterstützung und zum Empfang von Wissenschaftler:innen im Exil, gegründet 2017 vom französischen Staat in Verbindung mit der Zivilgesellschaft.

Bücher von Pinar Selek auf Deutsch:
Zum Mann gehätschelt, zum Mann gedrillt: Männliche Identitäten, Orlanda-Verlag, Berlin 2010,
Halbierte Hoffnungen, Roman, Orlanda-Verlag, Berlin 2012,
Weil sie Armenier sind, Essay. Orlanda-Verlag, Berlin 2015.

unabdingbar, um die ökonomischen, aber auch politischen bis hin zu ökologischen Krisen der heutigen Zeit zu verstehen.

Karl Marx wurde am 5. Mai 1818 als drittes von neun Kindern in Trier geboren. Die jüdischen Eltern konvertierten zum Protestantismus, da sein Vater unter der preussischen Regierung seine Arbeit als Anwalt sonst nicht hätte durchführen können. Marx befasste sich intensiv mit Hegel, was ein wesentlicher Schlüssel zu seinem Werk werden sollte. In Köln übernahm er 1842 die Redaktion der «Rheinischen Zeitung», einem Sprachrohr für oppositionelle Stimmen, die allerdings nur 15 Monate lang existierte. Als die preussischen Zensurbehörden seine Arbeit verunmöglichen, wanderten Marx und seine Frau Jenny nach Paris aus.

Doch der Zugriff der deutschen Behörden reichte bis nach Frankreich: Im Jahr 1845 musste die Familie Marx Paris verlassen und flüchtete nach Brüssel und später nach England. Das wirtschaftlich fortgeschrittenste Land Europas bot reichlich Stoff für Marx Studien. Er beschäftigte sich intensiv mit dem despotischen Fabrikssystem, aber auch mit Irland, das zu dieser Zeit eine Extraktionsökonomie par excellence war: Dort wurden Rohstoffe für die boomende Industrie Englands produziert, während die irische Bevölkerung Not litt.

Wie ein Paukenschlag wirkte die Veröffentlichung des Kommunistischen Manifests im Revolutionsjahr 1848, das er zusammen mit seinem Freund und Financier Friedrich Engels verfasste. Marx begnügte sich nicht damit, die äusserlichen Erscheinungen der Ausbeutung zu beschreiben, sondern wollte selbigem auf den Grund zu gehen. Sein Hauptwerk «Das Kapital», das er zu Beginn seiner Londoner Zeit begann und das erstmals im Jahr 1867 veröffentlicht wurde, hebt mit dem bedeutenden Satz an, dass der «Reichtum der Gesellschaften» als eine «ungeheure Warenausammlung» erscheine.

Der Doppelcharakter der Ware

Jede noch so banale Ware, so Marx, habe stets einen Gebrauchswert und einen Tauschwert. So besteht der Gebrauchswert eines Stuhles darin, dass man auf ihm sitzen kann. Der Tauschwert des Stuhles wird definiert durch die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit, die man für seine Herstellung braucht. Auch die Ware Arbeitskraft hat einen Doppelcharakter. Marx ging davon aus, dass nicht die gesamte Arbeitszeit entlohnt werde – über den so entstehenden Mehrwert komme es zu Kapitalakkumulation.

GESTERN - HEUTE - MORGEN

Zum 200. Geburtstag von Karl Marx

Kaum ein Philosoph und Gelehrter ist für das 19. und 20. Jahrhundert bedeutsamer gewesen als Karl Marx. Dutzende Male tot gesagt und wieder zum Leben erweckt, werden seine Theorien heute wieder verstärkt rezipiert. Nach dem Crash der Banken im Jahr 2008 stiegen die Verkaufszahlen seines Hauptwerks «Das Kapital» sprunghaft an. Davor hatten Generationen von betonköpfigen Bürokraten die Lehren von Karl Marx entstellt und instrumentalisiert. Es lohnt sich, sein Potential freizulegen und für heutige Fragen fruchtbar zu machen.

Karl Marx schrieb: «Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an, sie zu verändern». Zeit seines Lebens betätigte sich der Gründervater der Kapitalismuskritik

in den Bereichen der Philosophie, der Publizistik sowie der praktisch-politischen Organisierung. Noch immer wird sein reichhaltiges Werk vom schweren Erbe des Realsozialismus überlagert. Doch Marx ist

Anders als die Theorie der selbstregulierenden Märkte es vorgibt, gereichen laut Marx die Gesetze von Angebot und Nachfrage nicht allen Menschen zum Vorteil: Die Logik des Tauschwerts setzt sich durch: Es geht nicht primär um die Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen, sondern um die Erwirtschaftung von Profit. Wenn sich der Reichtum in den Händen weniger konzentriert, ist es für Unternehmen beispielsweise gewinnbringender, Luxusgüter herzustellen, als die dafür notwendigen Ressourcen für die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen einzusetzen. Wohnraum steht zu Spekulationszwecken leer, obwohl gleichzeitig Menschen obdachlos sind. Durch den weltweiten Konkurrenzkampf kommt es zu Verdrängungs- und Konzentrationsprozessen. Was auf der Ebene der Warenproduktion bereits gefährlich ist, steigert sich auf den Finanzmärkten zu einer mörderischen Spirale: So flüchtete das Kapital beispielsweise im Krisenjahr 2008 auf der Suche nach Rendite-Möglichkeiten in den Agrarsektor: Die Spekulation auf Grundnahrungsmittel führte dazu, dass die Preise rapide stiegen und sich in vielen Ländern des Südens die Mangelernährung verschlimmerte und Hungerrevolten ausbrachen.

Blinde Flecken und missbrauchte Theorie

Als einen wichtigen Grundstein für die Entwicklung des Kapitalismus bezeichnete Marx die Phase der «ursprünglichen Akkumulation», die er gegen Ende des ersten Bandes des «Kapitals» eindrücklich beschrieb. Die gewaltsame Vertreibung der Bauern in England zu Beginn der Neuzeit und die Einhegung ihres Landes für die Wollproduktion legte laut Marx den Grundstein für die kapitalistische Entwicklung. Die Enteigneten seien von da an «doppelt frei» gewesen: Frei von Produktionsmitteln und frei, ihre Arbeit auf dem Markt zu verkaufen.

Die marxistische Historikerin Silvia Federici betont, dass es heute neue Formen der ursprünglichen Akkumulation gäbe, wie beispielsweise den massenhaften Aufkauf von Agrarland in Afrika. Marx' Grundkategorien Ware, Kapital, Arbeit und Profit können heute noch als gültig angesehen werden. Doch es gibt auch einige blinde Flecken: Marx schenkt der Reproduktionsarbeit, die damals wie heute hauptsächlich von Frauen geleistet wird, nur wenig Beachtung. Auch die Frage des Rassismus behandelt Marx nur wenig. Man redet sich Marx schön, wenn man behauptet, in ihm stecke auch postkoloniale Theorie.

Oft gilt Marx noch immer als der



zu den alten Eisen zählen können, wenn auch der Kapitalismus auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgt ist.

Sie haben sich besonders intensiv mit Geschlechterverhältnissen in unserer Gesellschaft auseinander gesetzt. Inwieweit ist Marx für diese Analyse hilfreich?

Eine zentrale kapitalistische Ideologie lautet: «So, wie es ist, war es immer, so wird es immer sein». Der Grund hierfür wird «Natur» genannt - «da kann man halt nichts machen», heißt es. Darüber hat sich der Historiker Marx zu Recht lustig gemacht. Im Laufe der Zeit haben die Menschen mit sehr unterschiedlichen Modellen von Wirtschaft oder Geschlecht gelebt. Über den allergrößten Zeitraum der Menschheitsgeschichte hat Geld eine verschwindend kleine Rolle gespielt und auch das Patriarchat gibt es noch nicht ewig. Ein offener Blick in die Geschichte zeigt: Es war nicht immer so, es muss nicht immer so bleiben.

Sie gelten als prominente Kritikerin des Stalinismus. Gibt es Ihrer Meinung nach einen Zusammenhang zwischen den Theorien von Marx und den autoritären Ausformungen des Sozialismus?

Marx war vor allem Kritiker der kapitalistischen Herrschaft. Mit der Frage, wie eine herrschaftsfreie Gesellschaft aussehen kann, die nach dem Kapitalismus kommt, hat er sich wenig beschäftigt. Die Einwände anderer Sozialist*innen, wie etwa Bakunins, der auf mögliche Gefahren hinwies, hat Marx mit Arroganz beiseite gewischt. Damit muss er sich den Vorwurf einer gewissen intellektuellen Verantwortungslosigkeit machen lassen. Es gibt bei Marx auch autoritäre Tendenzen, vor allem in der Praxis, etwa gegenüber den anarchistischen Genoss*innen, und ebenfalls in seinen Texten. Der autoritäre Sound findet sich da vor allem in den Fussnoten, anders als bei Lenin, wo er in den Haupttext wandert. Der Stalinismus jedoch ist eine gänzliche Verkehrung des kommunistischen Versprechens. Dieses lautete immer: Nicht die Herrschaft der einen durch die Herrschaft der anderen zu ersetzen – wie bisher in der Geschichte –, sondern alle Herrschaft abzuschaffen. Es ist deswegen kein Zufall, dass viele der frühesten und radikalsten Kritiken des Stalinismus von Marxist*innen formuliert wurden. Aber die stalinistische Herrschaft lässt sich nicht mehr aus der Geschichte wegdenken. In diesem Sinne hatte Marx weniger Einfluss auf Stalin als Stalin auf Marx. Das macht die Aufgabe für die Menschen heute schwerer: Sie müssen nicht nur

unheilsame Vorbote des autoritären Kommunismus. Doch die realsozialistische Welt des 20. Jahrhunderts hatte mit Marx herzlich wenig zu tun. Marx wollte niemals aus einer abstrakten Idee heraus die Welt verändern. Dies unterscheidet ihn auch von den so genannten Frühsocialisten wie Proudhon oder Fourier, gegen die er mit beissendem Humor polemisierte. Marx, der unter der Zensur des preussischen Polizeistaates litt, war kein Gegner der Demokratie. Doch gegenüber politischen Konkurrenten wie dem Anarchisten Michail Bakunin verhielt er sich äußerst hart. Im Jahr 1872 drängte er ihn aus der «Internationale», der ersten länderübergreifenden sozialistischen Organisation.

Relevanz für heute

Der Marx-Biograph Gareth Stedman Jones hat jüngst herausgearbeitet, dass sich Marx in seinem Spätwerk auch intensiv mit ökologischen Fragen beschäftigte. So betonte Marx, dass sich der Kapitalismus stets weiterentwickle, «indem er zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter». Wenn die Märkte nicht durch Sozial- und Umweltgesetzgebungen reglementiert werden, ist es allein der Profit, der zählt, und nicht etwa die Frage, ob Arbeiterinnen bei Fabriksbränden sterben, die Wälder für die Stromerzeugung abgeholt werden oder die In-

sektenbestände aufgrund der Agrar-Monokulturen auf bedrohliche Art und Weise abnehmen.

Für viele tönt die berühmte Parole «Proletarier aller Länder, vereinigt euch» heute nach blankem Anachronismus. Doch das Gegenteil ist der Fall: In absoluten Zahlen waren noch nie so viele Menschen wie heute in die Verwertungsmaschine des Kapitalismus eingewoben. Angesichts globaler Warenströme und weltumspannender Produktionsketten ist der Aufruf zukunftsweisender denn je. Denn der internationale Konkurrenzdruck zwischen Unternehmen, Staaten und Staatenblöcken entfacht bis heute blutige Konflikte um die Weltressourcen. Marx' Parole kann heute als Aufruf verstanden werden, eine lebenswerte Welt für alle Menschen innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu gestalten. Zwar wurde der Kapitalismus, anders als Marx dachte, immer wieder reformiert und in die Schranken gewiesen – doch mit der autoritären-neoliberalen Wende seit den 1970er und 1980er Jahren droht er sein destruktives Potential wieder voll zu entfalten. Wie Marx im Jahr 1844 schrieb, geht es damals wie heute darum, «alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.»

Alexander Behr, EBF Österreich

Interview mit der Philosophin und Schriftstellerin Bini Adamczak

Frau Adamczak, welche Relevanz hat Karl Marx 200 Jahre nach seinem Tod?

Marx – und der Zusammenhang, dem er entstammt – hat uns eine

präzise und radikale Analyse des Kapitalismus geschenkt. So lange wir im Kapitalismus leben, bleibt diese Analyse aktuell. Die Theorien von Marx werden also erst dann

die Schrecken des Kapitalismus abschütteln, sondern auch verhindern, dass neue Schrecken an deren Stelle treten.

Führende Ökonomen gehen davon aus, dass die Krise mit dem Jahr 2008 keineswegs vorbei ist, sondern dass uns weitere schwere Er schütterungen drohen. Kann Marx uns helfen, die Krisen des Kapitalismus besser zu verstehen?

Moderne Menschen, vor allem liberale, gehen oft davon aus, dass alles so weiter geht wie bisher. Insbesondere in Phasen von Wohlstand und Wachstum glauben sie an einen steten Fortschritt zum Beseren. Umso grösser ist das Er schrecken, wenn eine plötzliche ökonomische Krise diese Illusion zerreisst. Plötzlich scheint die Zeit rückwärts zu laufen und die hässlichsten Leichen der Geschichte

kehren an die Oberfläche der Tages politik. Wir erleben die Rückkehr des Faschismus. Marx' Analyse zeigt, dass die Krise notwendig zum Kapitalismus gehört. Die kapitalistische Ökonomie zeichnet sich durch einen unbegrenzten Zwang zum Wachstum aus, der sich nicht auf halten lässt. Auch dann nicht, wenn sonnenklar ist, dass er die natürlichen Lebensgrundlagen des begrenzten Planeten zerstören wird. Marx kann helfen, hier klar zu sehen: Die Gefahr des Faschismus lässt sich nicht bannen und das Klima der Erde nicht retten, so lange der Kapitalismus bestehen bleibt.

Das Interview führte Alexander Behr, EBF – Österreich

Von Bini Adamczak jüngst erschienen: «Beziehungsweise Revolution - 1917, 1968 und kommende», Suhrkamp-Verlag, 2017.

SCHWEIZ

Die Vollgeldinitiative – ein Rückblick aus der Zukunft

Da wurde nicht weiss gewaschen, da wurde weiser gewaschen. Sechs Monate nach dem historischen Volksentscheid der Einführung des Vollgeldes vom 10. Juni 2018 ist es an der Zeit eine kurze Bilanz zu ziehen. Eine Glosse zur bevorstehenden Abstimmung über die Vollgeldvolksinitiative in der Schweiz.

In den Wochen vor der Abstimmung kursierten Informationen über einen sich abzeichnenden Finanzkollaps, denn die Bankenwelt brachte seit der Finanzkrise von 2008 konstant nur die Rezepte zum Einsatz, die den Crash verursacht hatten.

«Man kann die sich wiederholenden Krisen des Kapitalismus nicht mit den Methoden verhindern, die sie verursachen», sagten sich die Initiatoren der Vollgeldinitiative. Sie analysierten die zyklisch auftretenden Krisen und stellten fest, dass eine der Ursachen die Geldschöpfung ist. Wenn eine Bank zu gross ist, um sie Bankrott gehen zu lassen, muss sie mit Steuergeldern gerettet werden. So wurde bekanntlich 2008 die schweizerische Grossbank UBS gerettet. Also sollte die Geldschöpfung, die Herstellung dieses öffentlichen Gutes¹, der staatlichen Institution, die dafür geschaffen wurde und die in der Schweiz Nationalbank heisst, überlassen werden.

Wer soll das Geld herstellen?

Die Vollgeldinitiative stellte eine grundsätzliche und wichtige Frage: Wer soll unser Geld herstellen? Die Privatbanken oder die Nationalbank? Damit traf sie den Nerv des verbreiteten Unbehagens gegenüber der Allmacht der Bankenwelt. Einige der Vollgeld-Aktivist*innen hofften insgeheim, dass ein Finanzcrash vor dem Abstimmungssonntag wesentlich zur Annahme dieser Initiative beitragen könnte. Die Explosion der Finanzblase, die sich bereits im Juni abzeichnete, fand aber, wie wir heute wissen, erst am 4. Oktober 2018 statt. Seither dominieren Themen wie staatliche Bankenrettung, Konurse, Fusionen und vor allem chaotische Zustände in Handel, Gewerbe, in der Nahrungsmittel- und Energieversorgung die Schlagzeilen der Medien. Die starke Unsicherheit und Beunruhigung, denen wir gegenwärtig ausgesetzt sind, wären vor dem Abstimmungssonntag vom 10. Juni der

Initiative nicht förderlich gewesen. Angst und Panik verhindern bekanntlich sachliche Entscheide. Es waren aber gerade Sachlichkeit und pragmatische Intelligenz, die die Annahme der Vollgeldinitiative möglich machten. Eine Frau, die «Vollgeld Ja» abstimmte, meinte zutreffend: «Was stört das die Banken schon, wenn sie anstelle des elektronischen Buchgeldes das Gleiche mit staatlicher Garantie machen können?»²

Wahlbeobachter stellten fest, dass die Argumentation, das Vollgeld passe gut zur Imagepflege der Schweiz, ebenfalls zum Erfolg beigetragen hatte.

Eine weitere Pionierat?

Die Einführung des Vollgeldes mit der Gründung des Roten Kreuzes gleichzusetzen, wurde zwar zuerst als «aus dem Zusammenhang gerissen» betrachtet. Nüchtern und historisch gesehen war und ist es aber keine Übertreibung. Der ehemalige Bankdirektor Zuberbühler ist kein Henri Dunant, aber seine Stellungnahme ist richtungsweisend: Die unkontrollierte Geldschöpfung der privaten Banken und die damit verbundene unermessliche Verschuldung von Staaten, Organisationen und Privaten müsse gestoppt werden, liess er verlauten. Dafür braucht es neue Regeln. Das Vollgeld ist eine. Vollgeld zeigt auf, dass der Digitalisierung des Geldes Regeln entgegengesetzt werden können. Es ist ein pragmatisches und souveränes Steuerungsinstrument.

Die Gründung des Roten Kreuzes wird heute als schweizerische «Pionierat» angesehen. Verwundete und Verletzte im Krieg haben ein Recht auf Pflege. Die Schweiz ist seit dem 10. Juni 2018 das erste Land der Erde, das die im heutigen Wirtschaftskrieg eingesetzte digitalisierte Geldschöpfung neu regelt. Die behutsame und langsame Umsetzung des Vollgeldes in der Schweiz stösst heute, angesichts der weltweiten Finanzkatastrophe vom 4. Oktober 2018, auf ein globales Interesse und erntet Anerkennung. Selbst «normale» Banker*innen sehen nun im Vollgeld eine Art Rettungsschirm. Das wichtigste Organ der Zentralbanken dieser Welt, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, hat vor wenigen Tagen die neuen Eigenkapitalregeln «Basel 4» veröffentlicht, die durch den Entscheid der Schweizer Bevölkerung vom 10. Juni stark geprägt sind.³

Mehr Gerechtigkeit mit Vollgeld?

Die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie hat die Möglichkeit, eine gerechtere Geldordnung ein-

Vollgeldinitiative

Heute sind Münzen und Banknoten ein gesetzlich garantierter Zahlungsmittel, machen aber nur noch 10 Prozent der umlaufenden Geldmenge aus. 90 Prozent sind elektronisches Buchgeld, hergestellt von Privatbanken.

Die Vollgeldinitiative will:

1. dass allein die Nationalbank künftig elektronisches Buchgeld herstellen kann.
2. dass dadurch auch das elektronische Buchgeld gesichert ist. Banken verleihen nur noch Geld, das sie von Spender*innen, anderen Banken oder der Nationalbank zur Verfügung gestellt bekommen.
3. dass die Nationalbank neues Vollgeld durch Darlehen an Banken oder schuldfreie Übergabe an Bund, Kantone oder die Bürger*innen in Umlauf bringt.

zuführen. Da der Schuldenabbau damit realistisch wird, hoffe ich, dass arme Staaten die Schweiz bald kopieren werden, um damit die Abhängigkeiten durch Überschuldung abzubauen und die Lebensqualität aufzuwerten. Dieser Standpunkt von Hans R. Herren, Träger des alternativen Nobelpreises und Gründer von Biovision, fand wenige Wochen nach der Abstimmung bereits eine Bestätigung. Unter anderen hatte Burkina Faso nach dem Volksentscheid in der Schweiz angekündigt, aus der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungszone⁴ auszutreten und eine eigene Vollgeldwährung einzuführen.

Prof. Dr. Thomas J. Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank war gegen die Vollgeldinitiative. Er agierte in den ersten Wochen nach der historischen Entscheidung sehr zurückhaltend, setzte sich jedoch anlässlich der jeden Monat stattfindenden Koordinationssitzung der Gouverneure der wichtigsten Zentralbanken am Sitz der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel⁵ diskret für das Anliegen des

1. Geld hat mehrere Eigenschaften, die sich zum Teil widersprechen: Geld ist ein öffentliches Gut und kann gleichzeitig Eigentum sein. Als öffentliches Gut ist es Zahlungseinheit und misst den Wert der Dinge, Dienstleistungen und Waren. Als Eigentum kann es auch zum Herrschaftsinstrument werden.

2. Die elektronischen Bankguthaben machen 90 Prozent unseres Geldes aus und sind unsicher. Kommt es zu grösseren Banken Krisen, können Sie Ihr Geld nicht mehr abheben und Ihr Guthaben geht verloren. Mit der Vollgeld-Initiative werden die Bankguthaben zu echten Franken, zu elektronischem Bargeld von der Nationalbank. Es ist dann so sicher wie das Bargeld im Tresor. (Auszug aus einem Prospekt der Vollgeldinitiative).

3. Die BIZ erarbeitet seit Jahren Regeln, die den Eigenkapitalsockel bei der Gewährung von Krediten oder Buchgeld vorschreiben. Basel 3 empfiehlt 18 Prozent. Eine mit Anglizismen und technischen Begriffen gespickte Sprache und komplexe Definitionen, was als Eigenkapital oder sichere Einlagen der Spender zu betrachten sind, erleichtern das Verständnis in keiner Weise.

4. Union Economique et Monétaire Ouest Africaine UEMOA

Gouverneurs der Zentralbank von Burkina Faso ein. Die Hauptleidtragenden der Finanzkatastrophe sind nicht zuletzt eine grosse Zahl afrikanischer Staaten.

Eine genauere Analyse über die Auswirkungen des Vollgeldes als «Krisenrezept» auf den schwarzen Donnerstag vom 4. Oktober 2018 wird Gegenstand des nächsten Kapitels sein. Sicher ist, dass die Gründung des Roten Kreuzes Anlass zur Genfer Konvention war. Und ebenso sicher ist der Fakt, dass das Rote Kreuz so wenig den Krieg abschaffen konnte wie das Vollgeld nun den Kapitalismus. «Der Volksentscheid in der Schweiz sei auch eine Herausfor-

derung für die Eigenkapitalregeln von Basel 4 gewesen», meinte Prof. Dr. Thomas J. Jordan in der Radiosendung «Echo der Zeit». Da konnte ich einmal mehr das Lied von Christian Frey hören. Er hatte in Mani – nicht Money - Matters Stil seinen heute äusserst populären Song «DS Monopoly» der Vollgeldinitiative gewidmet. Am 10. Juni 2018 wurde in der Schweiz endlich mal weiser gewaschen.

Hannes Lämmler, EBF Schweiz, November 2018

5. Die Stadt Basel beherbergt die diskrete BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich). Die BIZ ist ein wichtiges Koordinationsorgan der Noten- und Zentralbanken der Erde.

SCHWEIZ

Zwischen uns keine Grenzen

Für den Flüchtlingstag, den 16. Juni, rufen über 60 Organisationen zu einer gesamtschweizerischen Demonstration «Zwischen uns keine Grenzen» in Bern auf. Das Ziel ist es, den repressiven und ausländerfeindlichen Tendenzen der schweizerischen Asyl- und Migrationspolitik die Stirn zu bieten.

Alte und neue Kriege verwüsteten unzählige Regionen dieser Welt. Der reiche Norden setzt die Plünderung der südlichen Hemisphäre unbremst fort, Gewalt und Armut zwingen Millionen von Menschen in die Flucht. Die Mauer um Europa wird immer höher, die Grenzen werden nach Nordafrika ausgelagert und die Sahara und das Mittelmeer zum Massengrab. In der Schweiz empört man sich über den Sklavenhandel in Libyen und freut sich gleichzeitig über die sinkende Anzahl von Asylgesuchten.

Die antirassistische Bewegung ist 2018 an allen Fronten gefordert. Die Bundeszentren erschweren die Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und Asylsuchenden noch stärker und drängen die Migrant·inn·en in die Isolation. Der provisorische F-Status hält Tausende in langzeitiger Prekarität und verhindert ein unabhängiges und selbstbestimmtes Leben in der Schweiz. Die von rechten Parlamentarier·inne·n getragene Motion «Für eine kohärente Gesetzgebung zu Sans-Papiers», die für die Nationalrats-Session im Herbst angekündigt wurde, will den Sans-Papiers Grundrechte, wie das Recht auf eine Krankenversicherung oder das Recht auf Schule für Kinder, absprechen.

In Kantonen wie Zürich oder Genf wird auch die Nothilfe zu einem Gebiet, in dem mit repressiven Strategien experimentiert wird, um Menschen zur Ausreise zu zwingen. Die Schweiz feiert im Dezember zehn Jahre Dublinmitgliedschaft und hat in diesem Jahrzehnt 30'000 Rückschaffungen in EU-Staaten vorgenommen. Mit dem Tod von Mike, einem Sans-Papier und Mitglied des Kollektivs Jean Dutoit in Lausanne, ist im März die fünfte nicht-weisse Person innerhalb von 18 Monaten in den Händen der Polizei gestorben. Dies ist die traurige Spitze des Eisbergs.

Kommen Sie zahlreich an die Kundgebung! Wir hoffen, dass mehrere tausend Menschen nach Bern kommen, damit es einen farbigen, starken Anlass gibt. Flugblätter, Plakate und weitere Infos können Sie bei uns oder unter www.sosf.ch bestellen.

Claude Braun, EBF Schweiz

MIGRATION

Freie Medien als Integrationsräume

Im Europaratsbericht «Spaces of Inclusion» geht es darum, inwiefern selbstbestimmte Medienproduktion von Geflüchteten ihre Integration und ihren Zugang zu Bildung fördert und wie so auf ihre kommunikativen Bedürfnisse eingegangen werden kann.

Wie über Migrant·inn·en und Geflüchtete in den Medien berichtet wurde, war seit 2015 wiederholt Thema von gross angelegten Forschungsprojekten. Oft zeigte sich dabei, dass die Berichterstattung grosser Medien überwiegend die gleichen Stereotype bedienen. Während Berichte über Geflüchtete aus Syrien oder dem Irak anfangs vor allem unter einem humanitären Blickwinkel gesehen wurden, kippte ab 2016 diese Sicht in vielen Ländern. Im Vordergrund stehen seither Bilder der Bedrohung und der Verunsicherung und bilden für rechts-populistische Parteien eine willkommene Kulisse, um ihre Politik der Ausgrenzung und Abschottung zu verbreiten. Die Autoren des Europaratsberichts «Media coverage of the „refugee crisis“: A cross-European perspective»¹ betonen den Zusammenhang zwischen stereotypen und negativen Medienbildern von Geflüchteten und einer Spaltung der Gesellschaft.

Der Europarat nahm dies zum Anlass, eine Studie in Auftrag zu geben, die sich mit Bedürfnissen und Erfahrungen Geflüchteter mit Medien im Allgemeinen sowie mit eigener Medienproduktion im Besonderen auseinandersetzt. Das «Community Medien Institut» (COMMIT) wurde mit dieser Studie beauftragt, die nun als Europaratsbericht «Spaces of Inclusion» vorliegt. Grundlage des Berichts bilden ausführliche Interviews mit Geflüchteten unter anderem aus Syrien, dem Iran und dem Irak.

Im Praxisteil der Studie finden sich dreizehn Beispiele erfolgreicher inklusiver Medienarbeit in Community Medien – wie Sendungen in Freien Radios, Community TVs oder auf eigenen Plattformen im Internet – aus Österreich, Deutschland, Italien, Luxemburg und der Schweiz. Diese Beispiele zeigen eindrücklich, wie die Auseinandersetzung mit medialer Gestaltung von Information den kommunikativen Bedürfnissen von Geflüchteten und Migrant·inn·en entspricht und neue Räume der Selbstrepräsentation öffnen. Neben der journalistischen Aus- und Weiterbildung finden Menschen mit Migrations- oder

Fluchterfahrung in diesen Medien auch Zugang zu lokalen Netzwerken, was grosse Bedeutung für den Spracherwerb und auch die gesellschaftliche Inklusion und Teilhabe hat.

Selbstbestimmte Orte der Begegnung, Zugang zu Informationen und lokalen Strukturen sind wichtig. Gemeinschaftliche Mediengestaltung ermöglicht das Anknüpfen an professionelle Netzwerke, das Erleben von Mehrsprachigkeit als Normalität, die unmittelbare Teilhabe und Anerkennung. Für die Einschätzung und Nutzung vertrauenswürdiger Medienangebote bedarf es Orientierungshilfe. Die Studie liefert eine Reihe von konkreten Empfehlungen für politische Entscheidungsträger, Medienarbeit und Organisationen der Zivilgesellschaft.

Helmut Peissl, COMMIT und EBF-Österreich

Der Bericht «Spaces of Inclusion» ist online verfügbar auf der Seite von COMMIT unter: <https://www.commit.at/materialien/studien/spaces-of-inclusion/> oder beim Europarat unter: <https://rm.coe.int/dgi-2018-01-spaces-of-inclusion/168078c4b4>

1. Diese Studie ist online verfügbar unter: <https://rm.coe.int/1680706b00>

SPANIEN

Cerro Libertad geräumt

Am 17. April sollten Verhandlungen zwischen den Besetzer·innen des Olivenhaines Cerro Libertad in Südspanien und der offiziellen Besitzerin, der Bank BBVA, stattfinden, die von derselben in letzter Minute abgesagt wurden. Im Morgengrauen des 18. April wurde das Gelände von Cerro Libertad geräumt: 300 Polizisten vertrieben die 15 seit etwas über einem Jahr dort lebenden und arbeitenden Menschen und verbarrikadierten das Wohngebäude.

Wir sind entsetzt über dieses aggressive Vorgehen und werden unsere Freundinnen und Freunde dort weiterhin in ihren Bestrebungen, brach liegende Gelände zu bewirtschaften, unterstützen.